



Antrag

der Fraktion der FDP

Resolution zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errichtung der HSH Finanzfonds AöR (Drucksache 16/2511)

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Vorgänge der letzten Monate rund um die HSH Nordbank haben das Vertrauen des Parlaments in den Vorstand und den Aufsichtsrat beeinträchtigt. Hierzu hat die mangelhafte Informationspolitik des Vorstandes und der Landesregierung erheblich beigetragen.

Sowohl der Vorstand der Bank, insbesondere aber der Aufsichtsrat, haben durch eine unzureichende Risikobewertung der Bankaktivitäten und fehlende Kontrolle die HSH in eine tiefe Krise gestürzt und damit dem Land einen erheblichen Schaden zugefügt.

Angesichts des schwer kalkulierbaren wirtschaftlichen Umfeldes bestehen nach wie vor Bedenken an der nachhaltigen Risikotragfähigkeit des neuen Geschäftsmodells, zu dessen Umsetzung es jedoch kurzfristig keine Alternative gibt.

II. Der Landtag stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errichtung der HSH Finanzfonds AöR (Drucksache 16/2511) mit folgender Maßgabe zu:

1. Für das Land Schleswig-Holstein entstehen keine weiteren Haftungsrisiken. Sämtliche künftigen Kapitalbedarfe (Eigenkapital, Garantien, Bürgschaften etc), die über die mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errich-

tung der HSH Finanzfonds AöR (Drucksache 16/2511) gewährten 6,5 Mrd. Euro hinaus der Bank zur Verfügung gestellt werden müssen, sind vorrangig aus Mitteln des Bundes bzw. des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zu befriedigen.

2. Das vom Land Schleswig-Holstein über die HSH Finanzfonds AöR in die HSH Nordbank eingebrachte Kapital wird bis spätestens 2020 zurückgeführt, die HSH Finanzfonds AöR rück abgewickelt.
3. Ein Fahrplan zum Ausstieg des Landes Schleswig-Holstein aus der HSH Nordbank durch Verkauf der Landesanteile wird verbindlich festgelegt.
4. Die Verantwortlichen für die Krise der HSH Nordbank in Vorstand und Aufsichtsrat werden festgestellt, notwendige personelle und organisatorische Konsequenzen werden gezogen.
5. Die Risikoanalysen und das Risikomanagement werden derart verbessert, dass Schieflagen mit erheblichem Verlustpotential künftig vermieden werden.

Wolfgang Kubicki
und Fraktion